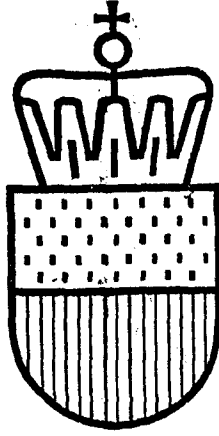


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich sfr 22.—; halbjährlich sfr 11.50; vierteljährlich sfr 6.—. Ausland jährlich sfr 42.—; halbjährlich sfr 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zelle: Anzeigen Reklame  
Inland . . . . . 13 Rp. 30 Rp.  
Schweiz . . . . . 16 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland . . . . . 18 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ - 9490 Vaduz, Dienstag, 21. Februar 1967

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

101. Jahrgang - Nr. 27

## Liechtenstein: Schulreform

Diskussionsbeiträge zu der neuen Schulgesetzgebung

Aufgrund der Vorschläge vom 8. Mai 1966 für ein neues Schulgesetz im Fürstentum Liechtenstein veranstaltete unsere Schulbehörde mit Schulkommissär Prof. H. Nigg an der Spitze am 22. Juni 1966 eine erste Orientierungstagung über diesen Fragenkomplex. Dabei wurde von Prof. H. Nigg herausgestellt, dass es sich hier nicht einfach um Änderungen in der Gesetzgebung des Schulwesens handelt, sondern dass vielmehr von einer Schulreform gesprochen werden kann.

Erfreulicherweise hat unsere Schulbehörde durch das eingeleitete Vernehmlassungsverfahren weiten Kreisen des liechtensteinischen Volkes, und somit den verschiedenen Interessengruppen die Möglichkeit gegeben, an diesen für die Zukunft Liechtensteins äusserst wichtigen Planungen mitzuarbeiten. Daraus darf wohl geschlossen werden, dass Regierung und Schulbehörden gewillt sind, die angestrebten neuen Schulgesetze von unten her in Zusammenarbeit mit der gesamten Bevölkerung aufzubauen. Die Erfolgchancen dieser Reformen können daher als erheblich gesteigert betrachtet werden.

Aus diesen Bestrebungen heraus sieht sich das Liechtensteiner Jugendparlament aufgrund seiner Ziele für eine staatsbürgerliche Schulung der liechtensteinischen Jugend verpflichtet, an diesen Gesprächen in aufbauendem Sinne mitzuwirken. Die mit einer Schulreform aufzuwerfenden Fragen sind von so allgemeinem Interesse, dass jeder verantwortungsbewusste Bürger unseres Landes an diesen Arbeiten teilhaben sollte. In diesem Sinne schrieb auch Jacob Burckhardt in seinen weltgeschichtlichen Betrachtungen: «Da neueste in der Welt ist das Verlangen nach Bildung als Menschenrecht, das ein verhülltes Begehren nach Wohlleben ist.»

### Die Bischöfe fordern Beachtung des Elternrechtes

Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

(Kipa) Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Bad Honnef hat Berichte des Vorsitzenden der Kommission für Schule und Erziehung, Bischof Pohlschneider (Aachen), und des Leiters des katholischen Büros in Bonn, Weihbischof Tenhumberg, zur schulpolitischen Lage in verschiedenen Bundesländern entgegengenommen. Die Bischöfe bekennen sich zu schulorganisatorischen Reformen, wo diese um der Leistungsfähigkeit der Schule willen notwendig sind. Gleichzeitig fordern sie nachdrücklich die wirksame Beachtung des Rechtes der Eltern und der Aufgaben der Kirchen. Sie empfehlen eine Verstärkung der Bemühungen der Elternvereinigungen. Die bischöfliche Kommission für Schule und Erziehung soll mit Sachberatern Vorschläge für ein gemeinsames Handeln in möglichst allen Bundesländern erarbeiten.

Einige wichtige Tagesordnungspunkte der Konferenz betrafen Probleme der Neuordnung der Bischofskonferenz. Um die rechtlichen Voraussetzungen für die wachsenden gemeinsamen Aufgaben der deutschen Bistümer sicherzustellen, wurde über die Gründung eines Verbandes der Diözesen Deutschlands beraten. Die Konferenz verabschiedete ferner die von der Liturgischen Kommission vorgelegten deutschen Uebersetzungen der Riten der Grundsteinlegung der Kirchen, der Altar- und Kirchenkonsekration sowie der Glockenweihe. Die Texte bedürfen noch der Bestätigung durch den Hl. Stuhl.

### Europäisches Bischofstreffen

Vom 10. bis 14. Juli findet in Noordwijkerhout (Niederlande) eine Zusammenkunft europäischer Bischöfe statt. An den Besprechungen werden Kardinal Alfrink, Erzbischof Utrecht, und rund hundert Bischöfe teilnehmen. Es werden Bischöfe aus folgenden Ländern erwartet: Niederlande, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien, Belgien, Spanien, Polen, England, Irland und der Schweiz. Hauptbesprechungsgegenstand ist die Bestellung einer europäischen Bischofskonferenz. Ausserdem kommen folgende Themen zur Erörterung: Autorität und Gehorsam in der Kirche, Priestertum und Priesterräte, Pastoralkonzile auf Bistumsebene.

Bildung ist wohl das grösste Kapital, das sich ein Staat aufbauen kann. Wenn früher der Reichtum eines Landes zum Beispiel an Bodenschätzen gemessen wurde, dürften heute über die potentiellen Möglichkeiten eines Landes sicher die Schulung, Bildung und das Fähigkeitsvolumen der Bewohner entscheiden. In der Gesprächsrunde von Freitag, 24. Februar 1967, soll aus den genannten Gründen die Problematik im Bildungswesen aufgeworfen werden. Der Zeitpunkt ist insofern günstig, als in diesem Thema noch keine Fronten festgelegt sind. Im Interesse der gesamten Bevölkerung sollen ja keine Gesetze vom Zaune gerissen werden, die um einer schnellen Aenderung willen geschaffen worden sind.

Man darf für Planungen, die die Zukunft unseres Landes weitgehend mitbestimmen werden, sicher eine hierzu notwendige Frist zum eingehenden Studium in Anspruch nehmen. Das neue Projekt muss so weitsichtig gestaltet werden, dass die neuesten Erkenntnisse der Bildungsforschung und alle gemachten Erfahrungen fruchtbar mitberücksichtigt werden können.

Jedem Beteiligten ist heute klar, dass ein Teil der in unserem Lande und auch anderen Ländern noch gebräuchlichen Schulmethoden heute veraltet sind und den Anforderungen eines sich immer rascher entwickelnden und sich laufend ändernden Wirtschaftslebens nicht mehr gerecht werden können. Es geht im heutigen Berufsleben darum, ein breites Allgemeinwissen und weitgehende Spezialkenntnisse in allen möglichen und sich rasch ändernden Situationen auszuwerten und ihnen anpassen zu können. Sentimentale Texte alter Lesebücher und Rechenexempel, die sich nur mit Situationen befassen, die ein Kind zum Beispiel auf einem Bauernhof täglich in der Praxis erleben konnte, werden im heutigen Raumfahrtzeitalter nicht mehr genügen.

Die Entwürfe für das neue Schulgesetz des Fürstentums Liechtenstein zeigen wesentliche Ansätze für eine Schulreform, die wir nur begrüßen können. Allerdings muss gesagt werden, dass diese Ansätze zu zaghaft sind. Wir können uns heute mit keiner Neuregelung einverstanden erklären, die erneut für eventuell Jahrzehnte statische Handlungsformen mit sich bringt. Die Basis für neue Methoden muss so angelegt werden, dass laufende Anpassungen an neue Erkenntnisse und veränderte Situationen durch die Gesetze nicht ausgeschlossen

werden. Es ist schwer vorauszusagen, was für ein Bildungsbedarf auch nur in fünf Jahren gegeben sein wird. Erinnern wir nur an einen Artikel in der liechtensteinischen Pfdfinderzeitschrift «Jugend» aus den vierziger Jahren, in der von einem Ueberschuss an Akademikern gewarnt wurde. Man wollte damals nicht glauben, dass ausser einigen Landärzten und Theologen weitere Akademiker in unserem Land eines Tages einen Lebensraum haben würden.

Nur so konnte es kommen, dass heute von 73 Akademikern in führender Stellung in liechtensteinischen Industrieunternehmen nur drei Liechtensteiner sind.

Viele Vorschläge könnten für eine Gestaltung unseres zukünftigen Schulwesens gemacht werden. Die kommende Diskussion soll ermöglichen, verschiedene Möglichkeiten abzuwägen. Die Schulformen vieler Länder sind heute auf einem Stand der reinen Produktion, das heisst des Lehrens stehengeblieben. Dies ist im heutigen Zeitalter, in dem Forschung und Planung sowie zum Beispiel Erfolgskontrollen und Auswertungen in allen Bereichen einen grossen Anteil der Arbeitskapazität ausfüllen, kaum mehr zu vertreten.

Wieso sollten nicht positive Erfahrungen aus Ländern, wie der Schweiz, Deutschland oder USA übernommen und unseren Verhältnissen angepasst werden. Es seien hier nur die Lösungen, wie Abschlussklassen oder Gemeinschaftsschulen in Form von Zusammenlegungen von Oberstufen verschiedener Gemeinden oder Gesamtschulen erwähnt. Verschiedene Schulen unter einer zentralen Leitung ermöglichen es den Verantwortlichen, einen Schüler, der eine Aufnahmeprüfung nicht bestanden hat, sinnvoll in anderen Schulsystemen unterzubringen.

Wieso sollten initiative Lehrer nicht einen Arbeitsrahmen bekommen, der es ihnen ermöglicht, mit erhöhtem Einsatz und erhöhter Leistung eine erhöhte Anerkennung und Befriedigung zu erhalten?

In diesem Zusammenhang drängt sich auch ein Vergleich von Aufwand und Ertrag des Schulwesens in Liechtenstein und den Nachbarländern auf. Eine solche Gegenüberstellung von ähnlich gelagerten Landesteilen in der Schweiz mit unseren Gemeinderechnungen zeigt deutlich, dass der finanzielle Einsatz in unserem Lande im Schulwesen sehr gering ist. Durchschnittlich wenden schweizerische Gemeinden mit vergleichbaren Einwohnerzahlen das Mehrfache an Mitteln wie unsere Gemeinden in Liechtenstein pro Schüler für die Ausbildung auf. Wie soll ein Lehrer mit einem jährlichen Literaturbudget von sfr 30.— nach den neuesten Erkenntnissen des internationalen Bildungswesens arbeiten, wenn nicht eine zentrale Auswertungsstelle für solche Unterlagen besteht? Wie soll ein Lehrer nicht resignieren, wenn er bei der Anforderung einer Schreibmaschine von den Gemeindevertretern die Antwort erhält, dass die Lehrer seit Jahrhunderten alles von Hand aufzeichnen?

*Tribüne*  
DER FREIEN MEINUNG

### Widerliche Gerüche ...

Man hat in den letzten Wochen und Monaten immer wieder viel Positives über unseren Wintersportplatz Malbun in Ihrer Zeitung gelesen. Tatsächlich stellt der Malbunbesucher fest, dass sich in letzter Zeit vieles geändert hat und dass vieles verbessert wurde. — Was mich indessen wundert, ist der Umstand, dass man trotz alledem bis heute noch keine Möglichkeit gefunden hat, die teilweise widerlichen Gerüche in der Nähe des Malbunbaches und der ersten Häuser zu unterbinden. Die ekelhaften Düfte, die wahrscheinlich aus der Kanalisierung stammen, stehen in argem Widerspruch zu der schönen Winterlandschaft. — Hier müsste einmal die Initiative des Kurvereins einsetzen. Man wäre es dem bis jetzt Geleisteten wirklich schuldig. (pp.)

«Die Schulen sind Werkstätten der Humanität, indem sie ohne Zweifel bewirken, dass die Menschen wirkliche Menschen werden» — Comenius. Rupert Hilti

Diese Fragen sollen lediglich weitere Diskussionen bewirken. Wir laden Sie freundlich ein, an diesem wichtigen Thema, das an obiger Sitzung behandelt wird, mitzuarbeiten. Wir haben uns erlaubt, diese Versammlung speziell für die interessierten Stellen, wie Behörden, Lehrer, die Geistlichkeit, die Wirtschaft und nicht zuletzt für die liechtensteinische Jugend zu organisieren.

«Die Schulen sind Werkstätten der Humanität, indem sie ohne Zweifel bewirken, dass die Menschen wirkliche Menschen werden» — Comenius. Rupert Hilti



## Wien: Ende der EFTA-Solidarität?

Einzelheiten über die Verhandlungen in Brüssel

k. Von der letzten Verhandlungsrunde Oesterreichs mit der EWG-Kommission in Brüssel sind nachträglich Einzelheiten durchgesickert, die praktisch auf das Ende der österreichischen EFTA-Solidarität schließen lassen. Der Wiener Verhandlungsdelegation war schon früher in Brüssel bedeutet worden, eine gleichzeitige Zugehörigkeit Oesterreichs zur EWG und zur EFTA komme nicht in Frage. Während die Oesterreicher in früheren Gesprächen diese Forderung nur zu Kenntnis nahmen, sind sie jetzt darauf eingegangen und haben dem Vernehmen nach der EWG sogar konkrete Vorschläge unterbreitet, wie sie aus der EFTA ausscheiden könnten.

### Die Auswirkungen auf die Schweiz

Nach einer Uebergangsfrist von einem Jahr, während welcher die bestehende Zollfreiheit gegenüber den EFTA-Partnern aufrecht erhalten würde, wäre Oesterreich angeblich bereit, gegenüber seinen EFTA-Partnern, darunter der Schweiz, schrittweise wieder Zölle einzuführen. Gleichzeitig mit der Wiedereinführung der Zölle würde der österreichische Außentarif in vier Etappen jenem des Gemeinsamen Marktes angeglichen. Bekanntlich hat sich Oesterreich in Brüssel ebenfalls bereit erklärt, den EWG-Zolltarif für sich im Falle einer Assoziation an den Gemeinsamen Markt vollständig zu übernehmen.

Sollte es noch dieses Jahr zu einer Verständigung Oesterreichs mit der EWG kommen, so würde sich folgendes ereignen: Im Jahre 1968 würde alles beim alten bleiben. Im Jahre 1969 würde Oesterreich voraussichtlich 25 Prozent seiner bereits erheblich an den hohen EWG-Tarif angenäherten Einfuhrzölle auf Schweizer Waren erheben. Nach zwei weiteren Jahren, also zu Ende 1971, stände die Schweiz der vollen EWG-Zollmauer in unserem östlichen Nachbarland gegenüber.

### Stimmt Moskau zu?

Noch ist es indessen nicht sicher, ob das Arrangement Wiens mit Brüssel zustandekommt, und auch die Signatarmächte des Staatsvertrages haben dazu noch einiges zu sagen. Die Sowjetunion scheint nicht bereit zu sein, von ihrer grundsätzlichen EWG-feindlichen Haltung abzurücken. Aber auch auf österreichischer Seite ist noch manches ungewiss. Die Volkspartei-Regierung in Wien stützt sich auf eine nicht sonderlich komfortable Parlamentsmehrheit, und ein sozialistischer Wahlerfolg, verbunden mit dem zu befürchtenden Aufschwung neuer rechtsextremistischer Gruppierungen, könnte die politische Konstellation noch vor Ende dieses Jahrzehnts völlig verändern. Dazu kommt, daß die österreichische Industrie dem Druck der deutschen Konkurrenz nur schwerlich gewachsen sein dürfte, wenn die Zollmauern zwi-

schen Oesterreich und der EWG wegfallen. Für ihre mangelnde Dynamik zeugt allein die Tatsache, daß die Industrieinvestitionen in unserem östlichen Nachbarland schon seit 1961 ständig zurückgegangen sind.

### Strenge Bräuche in der EWG

Daran haben auch gewisse fiskalische Praktiken nichts zu ändern vermocht, die praktisch auf eine versteckte Exportsubventionierung herauslaufen und auch schon im Rahmen der EFTA zu Beanstandungen Anlaß gaben. Bei einer EWG-Assoziation wäre damit selbstverständlich Schluß, und Oesterreich müßte neben der gesamten EWG-Agrarpolitik auch noch die bittere Pille eines entsprechenden Diskriminierungsverbots schlucken. Sehr bemerkenswert ist dafür der Trostpreis, den die EWG Oesterreich zu bieten gedenkt, nämlich die Anerkennung der handelspolitischen Souveränität den Oststaaten gegenüber. Zur Zeit ist aber auffällig, daß Oesterreich weniger als andere westeuropäische Staaten aus dem anhaltenden Osthandels-Boom Nutzen zieht. Die Ursachen dafür sind wohl auch in gewissen Strukturschwächen der österreichischen Wirtschaft zu suchen, die ihrerseits auch die relativ schwache Verhandlungsposition Oesterreichs in Brüssel bestimmen. Handelspolitisch betrachtet, könnte die EWG leicht auf Oesterreich verzichten, Oesterreich dagegen nicht auf den deutschen Markt. Daher rührt die auffällige Konzessionsbereitschaft der österreichischen Unterhändler, die nachzuahmen in der Schweiz glücklicherweise kein Anlaß besteht.